

Niederschrift der 20. Sitzung der Gemeindevertretung Am Mellensee am Montag, dem 15.03.2021 in der Sporthalle Mellensee, Hauptstraße 21, 15838 Am Mellensee

Öffentlicher Teil

Beginn: 18:30 Uhr bis 21:10 Uhr

Teilnehmer: **Stellv. Bürgermeisterin**
Richter, Christina

Fraktion Die Linke

Janke, Tobias

Kruppa, Judith

Schulze, Doreen

ab 19:38 Uhr

Fraktion CDU

Porath, Dargo

Thiele, Andreas

Fraktion SPD

Koch, Ingo

Fraktion UWG

Borkowski, Wilfried

Boss, Theo

Kosicki, Thomas

Pehnert, Dirk

Tscherwinka, Maik

Freie Wähler

Hänsel, Milan

AfD

Elsner, Dieter

Entschuldigt:

Wildenhein, Udo	CDU
Daske, Bert	SPD
Schuster, Antje	UWG
Elsner, Dieter	AfD

Verwaltung:

Dornbusch, Petra	(Teamleitung Kämmerei)
Gonschorek, Carolin	(Sachgebietsleitung Ordnungsamt)
Reetz, Thomas	(Teamleitung Bauverwaltung)
Zehler, Sven	(Schriftführer)

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und Beschlussfähigkeit
3. Verabschiedung von Herrn L. Lehmann aus dem Ehrenamt
4. Änderungsanträge zur Tagesordnung - öffentlicher Teil –
5. Einwendungen zur Niederschrift der 19. Sitzung
6. Bericht aus der Sitzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes KMS Zossen
7. Einwohnerfragestunde
8. Vortrag zum Naturpark „Baruther-Urstromtal“ durch Herrn Preuß (BUND)
9. Absprache/Planung Klausurtagung Haushalt 2022/2023
10. BSV 84/20/2021 – Erweiterung Trägervorteile für die Kindertagesstätten-Ausschüsse
11. BSV 85/20/2021 – Hauptsatzung der Gemeinde Am Mellensee
12. BSV 86/20/2021 – Essengeld-Satzung der Gemeinde Am Mellensee
13. BSV 87/20/2021 – Baumschutzsatzung der Gemeinde Am Mellensee
14. BSV 88/20/2021 – Ausbau des Knotenpunktes L74 / L79 am Denkmalplatz in der Ortslage Klausdorf im Gemeinschaftsprojekt mit dem Landesbetrieb Straßenwesen
15. Antrag auf BSV – Zuwendung von Fördermitteln aus Förderprogramm „Stadt und Land“ und Einstellung des Eigenanteils in den Haushalt 2021
16. Antrag auf BSV – Umgang mit fehlenden Kita-Plätzen
17. Antrag auf BSV – Außensportanlagen Grundschule Sperenberg
18. Antrag auf BSV – Prüfung Erweiterung/Optimierung Geräteraum Sporthalle Sperenberg
19. Antrag auf BSV – Beteiligungsverfahren Nahverkehrsplan 2021-2025
20. Antrag auf BSV – Kostenanalyse Festwiese als Versammlungsstätte
21. MV 09/20/2021 – Vertretung der Gemeinde Am Mellensee in Gremien
22. Anfragen der Mitglieder der Gemeindevertretung
23. Sonstiges

Zu 1. Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Tscherwinka, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Zu 2. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und Beschlussfähigkeit

Herr Tscherwinka stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Es sind 11 Gemeindevertreter anwesend.

Zu 3. Verabschiedung von Herrn L. Lehmann aus dem Ehrenamt

Der Gemeindevertreter Herr Hänsel betritt um 18:33 Uhr den Sitzungsraum. Es sind nun 12 Gemeindevertreter anwesend.

Herr Tscherwinka bedankt sich mit einem kleinen Geschenk bei Herrn Lehmann im Namen der gesamten Gemeindevertretung für die jahrelange Arbeit als Gemeindevertreter sowie für den Einsatz für den Ortsteil Sperenberg und bedauert die getroffene Entscheidung zum vorzeitigen Ausstieg aus dem Ehrenamt. Frau Richter schließt sich diesen Worten an und überreicht im Namen der Verwaltung einen Blumenstrauß.

Herr Lehmann übernimmt das Wort und bedankt sich ebenfalls für die jahrelange konstruktive Zusammenarbeit mit den anderen Gemeindevertretern und erklärt, dass er das Amt leider aus gesundheitlichen Gründen aufgeben musste und dies definitiv die richtige Entscheidung war.

Zu 4. Änderungsanträge zur Tagesordnung - öffentlicher Teil

Herr Pehnert wünscht, dass der TOP 19 im öffentlichen Teil aufgrund der Dringlichkeit des Beschlusses spätestens in der Verlängerung der Sitzung vorrangig behandelt werden möge.

Beschluss-Nr. 220/20/2021

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt den TOP 19 im öffentlichen Teil spätestens zu Beginn der Sitzungsverlängerung vorrangig zu behandeln, da der Beschluss aufgrund von Dringlichkeit keinen Aufschub zulässt.

<u>Abstimmungsverhältnis:</u>	12 Ja-Stimmen	
	0 Nein-Stimmen	
	0 Enthaltungen	angenommen

Zu 5. Einwendungen zur Niederschrift der 19. Sitzung

Es liegen keine Einwendungen vor.

Zu 6. Bericht aus der Sitzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes KMS Zossen

Herr Tscherwinka berichtet über den Inhalt aus der KMS-Sitzung vom 23.02.2021.

a) Bericht der Verbandsvorsteherin:

- Bericht über einen Brand im Wasserwerk Rangsdorf und die damit verbundenen Folgen
- Stand Schmutzwassererschließung Seebadsiedlung Motzen
- Widerspruchsbearbeitung aufgrund BVerfG Urteil vom 12.11.2015:
 - per 31.01.2021 sind 7274 Widersprüche von 7949 zu bearbeitenden Widersprüchen erlassen worden
 - Bescheide in Höhe von 18,7 Mio. Euro wurden aufgehoben
 - Bescheide in Höhe von 15,9 Mio. Euro wurden ausgezahlt
- Trinkwasserförderung per 31.12.2020: 2,3 Mio. m³, entspricht 109,6% zum Jahresplan
- Schmutzwasserreinigung per 31.12.2020: 1,7 Mio. m³, entspricht 104,04% zum Jahresplan
- Gebühreninkasso DNWAB per 31.12.2020:
203 Zugänge im Trinkwasserbereich und 206 Zugänge im Schmutzwasserbereich
- Kostenersatz- und Beitragsbescheide KMS Zossen per 31.12.2020:
600 Bescheide in Höhe von 1,5 Mio. Euro sind erlassen worden

b) Feststellung der Stimmenanteile der Mitgliedsgemeinden des KMS Zossen für 2021:

- Am Mellensee: 07 Stimmen
- Blankenfelde-Mahlow: 03 Stimmen
- Rangsdorf: 12 Stimmen
- Zossen: 20 Stimmen
- Mittenwalde: 03 Stimmen

- Summe: 45 Stimmen

Zu 7. Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner aus dem Ortsteil Rehagen stellt mehrere Fragen zur überarbeiteten Baumschutzsatzung. Zum einen möchte er wissen, wer die Einhaltung der Bedingungen unter §9 Abs. 2 kontrolliert und wer die unter §9 Abs. 5 festgesetzten Gebühren festlegt? Des Weiteren

fragt er, ob es ein eigenes Konto für diese Gebühren gibt, da die Geldbeträge zweckgebunden für die Pflanzung oder Pflege von Bäumen sein sollen?

Frau Gonschorek erklärt zur ersten Frage, dass sich die Bürger entweder von selbst bzw. nach Aufforderung durch die Verwaltung melden und in diesem Zusammenhang die entsprechenden Nachweise erbringen. Zu den erhobenen Gebühren müsse Sie erst mit der zuständigen Sachbearbeiterin Rücksprache halten.

Zu der dritten Frage erklärt Frau Schulze, dass die Möglichkeit ein separates Konto für die Gebühren bereits über den Bürgermeister geprüft werden sollte, jedoch diesbezüglich noch keine Rückmeldung erfolgt sei.

Frau Dornbusch ergänzt hierzu, dass hierfür kein separates Konto angelegt werde, jedoch eine Separierung der Einnahmen möglich sei, wenn das Haushaltsrecht dies zulasse. Die Einnahmen werden dementsprechend als Rückstellung auf das entsprechende Sachkonto gebucht und können bei Bedarf für diese Zwecke zur Verfügung gestellt werden.

Ein Einwohner aus Sperenberg erfragt, wie es mit den Fördermitteln für die Außensportanlagen (z.B. 60m-Laufbahn) der Grundschule Sperenberg aussieht? Außerdem möchte er wissen, wie weit die Planung der Radwege (Kummersdorf-Gut – Sperenberg sowie Kummersdorf-Alexanderdorf-Sperenberg) vorangeschritten ist?

Herr Reetz erklärt, dass für die Leichtathletikanlagen im Ortsteil Mellensee bereits Fördermittel bewilligt wurden, da der örtliche Verein diese Anlagen mitnutzt. Da dies in Sperenberg nicht der Fall ist, wurden hier leider keine Fördermittel bewilligt. Man versuche erneut Fördermittel für die Anlagen in Sperenberg über ein anderes Fördermittelprogramm mit Abgabefrist März 2021 zu erhalten. Dazu werde ein neuer Antrag bei der zuständigen Fördermittelstelle eingereicht. Bzgl. der angefragten Radwege äußert sich Herr Reetz, dass die Planung für den Radweg zwischen Kummersdorf-Gut und Sperenberg vorbereitet wurde und die Umsetzung nun in der Zuständigkeit des Landesbetrieb Straßenwesen liege. Zum Radweg zwischen Kummersdorf-Alexanderdorf und Sperenberg ergänzt er, dass sich der Beginn des Ausbaus bereits in Planung befinde und voraussichtlich 2022 damit begonnen werden solle.

Zu 8. Vortrag zum Naturpark „Baruther-Urstromtal“ durch Herrn Preuß (BUND)

Herr Preuß (BUND) stellt seine Präsentation zum Naturpark „Baruther-Urstromtal“ an einer Leinwand vor. Neben der kurzen Vorstellung des Fördervereins Naturparkprojekt „Baruther Urstromtal e.V.“ erklärt er u.a., was man unter einem Naturpark verstehe und welche Aufgaben sowie Ziele ein Naturpark habe bzw. erfülle. Außerdem geht er auf die Lage des zu installierenden Naturparks ein und erläutert abschließend die regionalen Entwicklungspotenziale.

Im Anschluss übergibt Herr Preuß das Wort an Herrn Prof. Dr. Prasse, welcher auf die im Vorfeld gestellten Fragen der Linken eingeht und diese beantwortet. Aufgrund des Zeitmangels werden die Fragen nur kurz angeschnitten. Im Großen und Ganzen erklärt Prof. Dr. Prasse wie auch schon Herr Preuß vorab, dass keine zusätzlichen Anforderungen vom Land an die Gemeinde Am Mellensee in Bezug auf den Naturpark gestellt werden. Es ist mit keinen Einschränkungen zu rechnen, da alles, wie z.B. die Windkraftanlagen, so bleiben könne, wie bisher. Kosten, welche im Zusammenhang mit dem Naturpark entstehen können, werden vollständig vom Land Brandenburg getragen bzw. gefördert, ohne dass vom Land Einflussnahmen zu erwarten sind. Eine finanzielle Vorleistung sei ebenfalls nicht notwendig.

Man würde es begrüßen, wenn die angrenzenden Gemeinden sich als Unterstützung für den geplanten Naturpark aussprechen würden, um so das Land von dem Projekt Naturpark überzeugen zu können.

Zu 9. Absprache/Planung Klausurtagung Haushalt 2022/2023

Herr Tscherwinka stellt die Frage in den Raum, ob die Gemeindevertretung in einer gesonderten Sitzung über die zukünftige Entwicklung der Gemeinde Am Mellensee (Leitkonzept) beraten möchte. Er bittet in diesem Zusammenhang um Terminvorschläge der Gemeindevertretung.

Generell liegt eine Bereitschaft für eine Sondersitzung vor, jedoch herrscht insgesamt eine Uneinigkeit, da einige Mitglieder nur unter der Woche Zeit haben und einige wiederum nur am Wochenende. Hier solle man sich nochmal im Nachhinein abstimmen, um einen gemeinsamen Termin zu finden.

Zu. 10 BSV 84/20/2021 – Erweiterung Trägerverepreter für die Kindertagesstätten-Ausschüsse

Herr Tscherwinka verliest den Beschlussvorschlag zur Erweiterung der Trägerverepreter für die Kindertagesstätten-Ausschüsse. Da es keine weiteren Rückfragen seitens der Gemeindevertretung gibt, kommt es direkt zur Abstimmung über die eingereichte Beschlussvorlage.

Beschluss-Nr. 221/20/2021

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt eine Erweiterung der Besetzung der Trägerverepreter für die Kindertagesstätten-Ausschüsse der Kindertagesstätten der Gemeinde Am Mellensee.

Trägerverepreter ist:

Frau Lorenz (Sachbearbeiterin Schul- und Hauptamt)

Abstimmungsverhältnis:

12 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

angenommen

Zu 11. BSV 85/20/2021 – Hauptsatzung der Gemeinde Am Mellensee

Frau Richter übernimmt das Wort und erklärt, dass die Präambel in der Satzung noch angepasst werden muss. Außerdem solle die Gemeindevertretung den §11 Abs. 3 nochmal überdenken, da es hier evtl. in Zukunft zu Problemen bzgl. des Datenschutzes kommen könne. Des Weiteren ergänzt sie, dass es sich in Bezug auf den §12 Abs. 2 um eine Kompetenz des Bürgermeisters handle und dieser Absatz demzufolge gestrichen werden solle. Nur er habe zu entscheiden, über welche Informationen bzgl. des Bewerberverfahrens die Gemeindevertretung unterrichtet werde. Herr Tscherwinka widerspricht ihr in diesem Punkt. Frau Richter ergänzt, dass die Gemeindevertretung in diesem Falle nur ein Informationsrecht habe.

Die Gemeindevertreterin Frau Kruppa betritt um 19:38 Uhr den Sitzungsraum. Es sind nun 13 Gemeindevertreter anwesend.

Es findet eine rege Diskussion in der Gemeindevertretung bzgl. des Inhaltes der überarbeiteten Hauptsatzung statt. Mehrere Gemeindevertreter äußern sich zu den von Frau Richter in Zusammenhang mit dem Datenschutz angesprochenen §11 Abs. 3 sowie zum §10 Abs. 1 der Hauptsatzung, der sich mit den Entscheidungen der Gemeindevertretung über Vermögensgegenstände befasst. Hier solle der Gesamtertrag während der kompletten Miet- bzw. Verpachtungsdauer als Grundlage für Entscheidung der Zuständigkeit genommen werden, da dieser die festgelegte Wertgrenze überschreiten könne.

Frau Dornbusch erklärt der Gemeindevertretung, dass es sich bei Vermögensgegenständen nicht um Mieten bzw. Pachten handle, sondern z.B. nur um reine Grundstücke bzw. Gebäude. Schlussendlich bittet die Gemeindevertretung die Verwaltung noch einmal darum, den § 11 bzgl. der Wertgrenze zu überprüfen und die Formulierung des Geschlechtes in den §§ 7 / 8 zu überarbeiten. Eine gewünschte Änderung bzw. Anpassung im §13 Abs. 5 der Satzung bzgl. der Aushangsdauer nach erfolgter Sitzung wurde von Frau Richter aufgrund eines unnötigen Mehraufwands für die Verwaltung abgelehnt.

Da es noch so viel Anmerkungen bzw. Fragen der Gemeindevertreter gibt, entscheidet Frau Richter den Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung zu nehmen und die Hauptsatzung entsprechend der Einwände nochmals anzupassen.

Zu 12. BSV 86/20/2021 – Essengeld-Satzung der Gemeinde Am Mellensee

Herr Tscherwinka übergibt das Wort an Vorsitzenden des Finanz- und Wirtschaftsausschusses, welcher eine kurze Stellungnahme zu diesem Thema abgeben soll.

Herr Kosicki berichtet, dass sich der FW-Ausschuss einstimmig für die geänderte Essengeld-Satzung ausgesprochen hat.

Beschluss-Nr. 222/20/2021

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt die als Anlage beigefügte Satzung zur „Kostenbeteiligung zur Versorgung mit Mittagessen in den Kindertagesstätten in Trägerschaft der Gemeinde Am Mellensee“.

Abstimmungsverhältnis:

13 Ja-Stimmen	
0 Nein-Stimmen	
0 Enthaltungen	angenommen

Zu 13. BSV 87/20/2021 – Baumschutzsatzung der Gemeinde Am Mellensee

Herr Tscherwinka bittet die Vorsitzende des Bauausschusses um einen kurzen Bericht zur überarbeiteten Baumschutzsatzung.

Frau Schulze übernimmt das Wort und erklärt, dass aufgrund vieler Baumfällungen in der Vergangenheit, welche im Zusammenhang mit erteilten Baugenehmigungen standen, die Unzufriedenheit der Einwohner der Gemeinde gestiegen sei. Aus diesem Grund war eine Überarbeitung der bestehenden Baumschutzsatzung notwendig. Man hat sich dazu zusammen mit der Verwaltung mehrere Baumschutzsatzungen aus den umliegenden Gemeinden zur Hilfe genommen und diese zusammen mit der eigenen Satzung inhaltlich miteinander verglichen. Die überarbeitete Baumschutzsatzung wurde dann im Umlaufverfahren an die weiteren Mitglieder des Bauausschusses verteilt.

Nach dem Bericht findet in der Gemeindevertretung eine Diskussion zum §6 Abs. h in Bezug auf die Befestigung von Wanderschildern an den Bäumen entlang der Wanderpfade statt. Aktuell sind diese Schilder in den meisten Fällen mit Schrauben bzw. Nägeln an den Bäumen befestigt, teilweise seien sie sogar nur angemalt. Im Falle einer Ersatz- bzw. Neubeschilderung solle man in Zukunft auf alternative Möglichkeiten zur Befestigung von Schildern an den Bäumen zurückgreifen. Eine Beschilderung solle auch nur erfolgen, wenn ein öffentliches Interesse, wie z.B. bei Wanderpfaden, besteht. Alternativ könne man auch die umliegenden Laternen für die Beschilderung von Wanderwegen nutzen. Es solle darüber nachgedacht werden, diesbezüglich bestimmte Bedingungen in der Baumschutzsatzung nachträglich in Zusammenarbeit mit dem Ordnungsamt auszuformulieren.

Auf die Anfrage eines Gemeindevertreters, warum der §5 (Pflegetmaßnahmen) komplett aus der Baumschutzsatzung gestrichen wurde, folgt die Erklärung, dass es sich um eine Dopplung handle, da der Inhalt noch einmal in den Folgeparagrafen stehe.

Herr Tscherwinka ergänzt, dass der Inhalt dieser Satzung, wie auch bei den anderen Satzungen, hauptsächlich in den Fachausschüssen geklärt werden mögen und nicht erst in der Gemeindevertretersitzung. Abschließend bittet er um Abstimmung zu der Beschlussvorlage.

Beschluss-Nr. 223/20/2021

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt die Erste Änderung zur Satzung der Gemeinde Am Mellensee zum Schutz von Bäumen (Baumschutzsatzung).

Abstimmungsverhältnis:

11 Ja-Stimmen	
1 Nein-Stimmen	
1 Enthaltungen	angenommen

Zu 14. BSV 88/20/2021 – Ausbau des Knotenpunktes L74 / L79 am Denkmalplatz in der Ortslage Klausdorf im Gemeinschaftsprojekt mit dem Landesbetrieb Straßenwesen

Herr Tscherwinka bittet den Vorsitzenden des Finanz- und Wirtschaftsausschusses um Stel-lungsname zu diesem Tagesordnungspunkt.

Herr Kosicki erklärt, dass der FW-Ausschuss der Ausbaumaßnahme einstimmig zugestimmt hat.

Ein Gemeindevertreter stellt die Frage an die Verwaltung, ob denn die Fördermittel vom Land-kreis für die Bushaltestelle in Höhe von 50% berücksichtigt wurden?

Die Bauverwaltung bestätigt, dass die Fördermittel hierfür bereits beantragt wurden.

Beschluss-Nr. 224/20/2021

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt die Maßnahme Ausbau des Knotenpunktes L74 / L79 Am Denkmalplatz im Ortsteil Klausdorf im Gemeinschaftsprojekt mit dem Landesbetrieb Straßenwesen Wünsdorf und die Kostenbereitstellung aus der Investitionsmaßnahme I 20-0026 Gehwegbau.

Abstimmungsverhältnis:

13 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

angenommen

Zu 15. Antrag auf BSV – Zuwendung von Fördermitteln aus Förderprogramm „Stadt und Land“ und Einstellung des Eigenanteils in den Haushalt 2021

Herr Tscherwinka übergibt das Wort an die einreichende Fraktion.

Der Fraktionsvorsitzende der UWG bittet darum, dass die Gemeinde den Antrag auf Förderung der bereits projektierten Radwegstrecke von ca. 400m stellen möge, da seit Anfang des Jahres neue Fördermittel im Förderprogramm „Stadt und Land“ für solche Zwecke zur Verfügung ste-hen. Zudem solle der finanzielle Eigenanteil, der dafür notwendig ist, aus dem aktuellen Haus-halt zur Verfügung gestellt bzw. alternativ in Absprache mit dem Finanzausschuss aus dem Gehwegeprojekt 2021 entnommen werden.

Herr Tscherwinka bittet die Bauverwaltung um Stellungnahme zu diesem Antrag.

Die Bauverwaltung erklärt das Prozedere zur Fördermittelantragstellung entsprechend der vom Bund online zur Verfügung gestellten Anleitung. Die Anträge sind von den Kommunen zusammen mit einem ausgearbeiteten Radwegekonzept an das Land zu stellen. Weiterhin gebe es zusätzliche Parameter für diese Fördermittel, die vom Land Brandenburg jedoch noch nicht benannt wurden. Das Fördermittelprogramm sei an zwei bestehende Richtlinien des Lan-des (ÖPNV Invest und KStB) gekoppelt. Über die Richtlinie KStB (Kommunaler Straßen- und Brückenbau) könne schon beantragt werden, allerdings seien die Antragsformulare bisher noch nicht auf das neue Programm abgestimmt. Demzufolge müsse man nochmal mit einer Nachforderung zu den Anträgen rechnen. Nach Rücksprache mit der zuständigen Fördermit-telstelle Landesbetrieb Straßenwesen sei zu beachten, dass nur die förderfähigen Kosten, d.h. die Investitionssumme abzgl. Beiträge von Dritten (z.B. Forderungen nach Baugesetzbuch), einzureichen sind. Die Bauverwaltung weist in diesem Zusammenhang daraufhin, dass ent-sprechend der bestehenden Satzung zur Erhebung von Erschließungsbeiträgen in der Ge-meinde Am Mellensee, welche sich nach Baugesetzbuch regeln, die Bürger zu 90% an den Kosten beteiligt werden und demzufolge nur die restlichen 10% förderfähig seien.

Herr Boss wirft die Anmerkung ein, dass entsprechend eines Paragraphen die Gemeinde da-von absehen könne, diese Kosten von den betroffenen Bürgern zu erheben.

Die Bauverwaltung bestätigt diese Möglichkeit, jedoch könne man vorab nicht sagen, ob der Beschluss einer Fördermittelpflicht standhalte. Evtl. könne es zu einer Rückforderung der Fördermittel kommen.

Ein weiterer Gemeindevertreter fragt an, in wie weit der Investor sich an der Maßnahme be-teiligt?

Die Bauverwaltung erklärt, dass über diese Thematik im nächsten Bauausschuss im März beraten und ein entsprechender Beschluss in die nächste GV-Sitzung im April eingebracht werde.

Es folgt eine weitere Diskussion bzgl. der Kostenbeteiligung der Einwohner bzw. der Bereitstellung des Eigenanteils.

Die Kämmerei gibt zu bedenken, dass es nur 250 Tsd. Euro investive Schlüsselzuweisung in diesem Jahr wie auch in den Folgejahren gibt bzw. geben werde, von welcher alle gewünschten bzw. geplanten Projekte finanziert werden müssen.

Es wird die Frage gestellt, ob es für die Beantragung von Fördermitteln festgesetzte Fristen gebe?

Die Bauverwaltung antwortet, dass es keine speziellen Termine gebe, jedoch die Baumaßnahme bis zum Ende des Jahres 2024 abgeschlossen sein müsse.

Der Vorsitzende des Finanzausschusses äußert sich zur Bereitstellung des Eigenanteils, und erklärt, dass im Haushalt 2021 Investitionen für die Gehwegsanierung ein Pauschalbetrag in Höhe von 1 Mio. Euro eingeplant ist, ohne festgelegte Projekte dafür vorliegen zu haben. Bestimmte Gehwege werden davon entsprechend einer Prioritätenliste, die im Bauausschuss erstellt wurde, definitiv saniert. Es wäre jedoch unüberlegt, wenn man diese Förderung nicht in Anspruch nehmen würde, da die Förderungssumme im Vergleich zum Eigenanteil in Höhe von nur 20 Tsd. Euro relativ hoch sei.

Die Fraktionsvorsitzende der Linken äußert während der Diskussion Ihre Bedenken bzgl. der Folgen der Reduzierung des in 2021 eingeplanten Budgets für die Gehwegsanierung, der Kostenbeteiligung der Anlieger in Höhe von 90 % der Erschließungskosten und in diesem Zusammenhang der Nichtanwendbarkeit des Verzichtsparagrafen des Baugesetzbuches sowie der Förderrichtlinie, die nur den nicht durch Dritte einzuholenden Anteil der Erschließungssumme berücksichtigt. Der Vorschlag, den Antrag zurückzustellen, um zunächst die Erschließungssatzung zu überarbeiten und die Maßnahme ordentlich in den Haushalt 2022/23 einzuarbeiten, wurde nach kurzer Diskussion über die ständige Zeitverzögerung abgelehnt.

Herr Tscherwinka beendet die Diskussion an dieser Stelle und bittet um Abstimmung zum vorliegenden Antrag.

Beschluss-Nr. 225/20/2021

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt:

Die Verwaltung stellt den Antrag auf Fördermittel aus dem Bundes-Sonderprogramm zur Förderung von Radwegen usw. für den Bau der bereits projektierten und genehmigten Radwegstrecke Mellensee/Achenbachplatz bis zur Einmündung Alte Horstfelder Straße.

Der erforderliche Eigenanteil soll aus dem Gehwegeprojekt 2021 finanziert werden.

Abstimmungsverhältnis:

7 Ja-Stimmen

5 Nein-Stimmen

1 Enthaltungen

angenommen

Zu 16. Antrag auf BSV – Umgang mit fehlenden Kita-Plätzen

Der Antragsteller der Beschlussvorlage erklärt, dass dem BSK-Ausschuss die aktuellen Kita-Anmeldezahlen monatlich vorliegen und nach heutigem Stand alle Plätze inkl. der noch neu geplanten Kita-Plätze belegt seien. Es sei abzusehen, dass diese Plätze in Zukunft nicht ausreichen werden.

Entsprechende dem öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Landkreis führen wir nur weiterführende Aufgaben aus. Die Erarbeitung einer Kita-Bedarfsplanung gehört laut Vertrag zu den Aufgaben des Landkreises. Da die letzte Kitabedarfsplanung von 2018 bis 2020 Gültigkeit hatte und alle zwei Jahre fortgeschrieben werden müsse, möge die Verwaltung den Landkreis zur Erarbeitung einer aktuellen Kitabedarfsplanung bis zum Jahr 2024 auffordern. Gleichzeitig solle dem Landkreis eine Frist für die Fortschreibung der Kitabedarfsplanung gesetzt werden.

Frau Richter übernimmt das Wort und erklärt, dass die Verwaltung die Abfrage vom Landkreis erhalten habe und die angeforderten Informationen dem Landkreis bereits zurückgemeldet

wurden. Wie lange der Landkreis für die Fortschreibung der Kitabedarfsplanung benötigt, könne Sie jedoch nicht sagen.

Herr Pehnert sieht hier das Problem und erklärt, dass wenn die vereinbarte Frist vom Landkreis nicht eingehalten werde, hätte die Gemeinde die Möglichkeit den öffentlich-rechtlichen Vertrag aufzukündigen, seiner Meinung nach sogar fristlos, obwohl die fristlose Kündigung im Vertrag nur einseitig verankert sei. Hierüber müsse man zu gegebener Zeit noch einmal diskutieren.

Herr Jahnke verdeutlicht noch einmal die Problematik zu diesem Sachverhalt und er erklärt, dass wenn die Gemeinde aufgrund von Mangel den Eltern keinen Kita-Platz zur Verfügung stellen könne, laut Gesetz das Jugendamt nach Einsendung eines Einspruches dafür zuständig sei, einen zumutbaren Kita-Platz zu finden. Das eigentliche Problem dabei sei, dass sich das Jugendamt nicht dafür interessiere und sich ständig aus der Verantwortung ziehe. Da dies nicht nur Sache der Kommune sei, sondern aus seiner Sicht auch den Landkreis betreffe, solle hier schnellstmöglich eine Lösung für die fehlenden Kita-Plätze gefunden werden. Herr Jahnke ergänzt, dass es schon ein Gerichtsurteil gebe, bei dem das Gericht entschieden habe, dass ein Kita-Platz als zumutbar gelte, wenn man diesen mit dem Auto innerhalb von 30 Minuten erreichen könne.

Herr Pehnert ergänzt abschließend im Beschlussvorschlag eine Frist für die Rückmeldung vom Landkreis bis zum 30.06.2021, damit noch die Möglichkeit bestehe, den öffentlich-rechtlichen Vertrag mit einer Kündigungsfrist von sechs Monaten zum 01.01.2022 ordentlich aufzukündigen.

Frau Richter gibt zu bedenken, dass die Gemeinde dem Landkreis keine Termine vorschreiben könne und äußert Ihre Zweifel, dass der Landkreis die festgelegte Frist überhaupt einhalten könne.

Nach kurzer Diskussion über die Terminsetzung bittet Herr Tscherwinka um die Abstimmung.

Beschluss-Nr. 226/20/2021

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt:

Die Verwaltung fordert den Landkreis Teltow-Fläming auf, die erforderlichen Kitaplätze bis zum Jahr 2024 anhand der Einwohnerentwicklung, Erfahrungswerten, Baugenehmigungen, B-Plänen und Werten des statistischen Bundesamtes zu ermitteln (Kitabedarfsplanung). Darauf aufbauend erfolgt die Berechnung der fehlenden Kitaplätze inkl. Berücksichtigung der terminierten Fertigstellungen der neuen Kitas.

Die Verwaltung schlägt im Zusammenarbeit mit dem Landkreis der Gemeindevertretung Lösungen inkl. Kostenschätzungen dazu vor, dass laut Berechnung jedes Kind ab Herbst 2021 einen Kitaplatz in der Gemeinde erhält. (Eventueller Lösungsvorschlag: Rücksprache mit den Investoren Klausdorf & Rehagen die Kitas vor der Frist gemäß städtebaulichen Verträgen fertigzustellen).

Eine Rückmeldung vom Landkreis ist bis zum 30.06.2021 vorgesehen.

Abstimmungsverhältnis:

12 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

1 Enthaltungen

angenommen

Zu 17. Antrag auf BSV – Außensportanlagen Grundschule Sperenberg

Der Antragsteller übernimmt das Wort und erklärt, dass es nach Rücksprache mit Einwohnern nicht sein kann, dass Schulkinder keinen ordentlichen Schulsport machen können, weil beantragte Fördermittel für notwendige Außensportanlagen nicht bewilligt wurden und demzufolge nicht zur Verfügung gestellt werden. Es solle nach alternative Möglichkeiten gesucht werden, Fördermittel dafür zu erhalten. Sollte keine Lösung gefunden werden, solle der Finanzausschuss bzgl. der Finanzierung in seiner kommenden Sitzung darüber beraten.

Herr Tscherwinka verweist in diesem Zusammenhang auf die Aussage von der Bauverwaltung in der Einwohnerfragestunde und bittet diese um evtl. Ergänzungen.

Herr Reetz wiederholt noch einmal, dass die Fördermittel aus dem Förderprogramm „Goldener Plan“ laut Aussage des Ministeriums nur durch einen örtlichen Verein beantragt werden könne,

welcher diese Sportanlagen mit nutze. Nach Rückfrage eines Gemeindevertreters zu den Förderungsmöglichkeiten fügt er hinzu, dass es aktuell über das Ministerium für ländliche Entwicklung ein anderes Förderprogramm gebe. Hierzu werde die Verwaltung bis zum 31.03.2021 einen neuen Antrag auf Fördermittel in überarbeiteter Form u.a. mit aktueller Kostenberechnung einreichen. Er erklärt, dass der letzte Antrag nicht an der Befürwortung gescheitert sei, sondern letztendlich an den erschöpften finanziellen Mitteln.

Herr Pehnert bitte um Rückmeldung der Verwaltung bzgl. der Fördermittel bis spätestens zum Sitzungstermin des FW-Ausschusses im April 2021.

Es folgt eine weitere Rückfrage eines Gemeindevertreters bzgl. der Zuwendungsberechtigung im Zusammenhang mit den Fördermittelprogramm „Goldener Plan“, da sich ihm diese nicht ganz erschließe.

Herr Reetz versucht eine Erklärung für diese Entscheidung des Ministeriums zu finden und gibt die von den Mitarbeitern des Ministeriums erhaltenen Informationen an die Gemeindevertretung weiter.

Herr Tscherwinka bitten um Abstimmung.

Beschluss-Nr. 227/20/2021

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt:

Die Verwaltung prüft unverzüglich, ob die bereits geplanten Außensportanlagen der Schule Sperenberg:

- 60m-Tartan-Laufbahn
- Tartan-Anlaufbahn für Weitsprunganlage

sowie die Ergänzungen:

- Abdeckung für die Weitsprunganlage
- wetterfeste Bänke und Tische (je eine Bank mit Lehne und ein Tisch) an der Weitsprunggrube und am Zieleinlauf der 60m-Bahn (evtl. aus Metall)
- Verschleißbarkeit der Sportanlagen

mit derzeitigen Förderprogrammen sofort umsetzbar sind.

Bsp. Goldener Plan:

https://lsb-brandenburg.de/lsb/wp-content/uploads/20210216_richtlinieGP.pdf

Für die Ergänzungen wird die Verwaltung gebeten eine Kostenschätzung abzugeben.

Das Ergebnis der Prüfung ist dem Finanzausschuss in seiner Märzsession mitzuteilen.

Sollte das Vorhaben nicht über Fördermittel realisierbar sein, wird die Verwaltung gebeten, eine Beschlussvorlage zur Realisierung bis Sommer 2021 mit Haushaltsmitteln in der Gemeindevertretersitzung im April einzureichen und vorab mit dem Finanzausschuss abzustimmen.

Abstimmungsverhältnis:

12 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

1 Enthaltungen

angenommen

Zu 18. Antrag auf BSV – Prüfung Erweiterung/Optimierung Geräteraum Sporthalle Spbg.

Der Einreicher der Beschlussvorlage erklärt, dass laut Aussage der Sportlehrer die Anschaffung neuer Geräte in der Sporthalle aufgrund des seit Jahren bestehenden Platzmangels behindert werde. Dies wurde auch durch den Tischtennisverein auf telefonische Nachfrage bestätigt. In diesem Zusammenhang möge eine Erweiterung bzw. Optimierung des Geräteraums in der Sporthalle geprüft werden.

Frau Richter ergänzt, dass man, wie auch schon im BSK-Ausschuss erwähnt wurde, erst vor Ort prüfen müsse bzw. solle, ob nicht veraltete Sachen bzw. Geräte ausrangiert werden können, um so neuen Platz für neue Geräte zu schaffen, ohne dass man z.B. über einen Anbau nachdenke.

Ein Gemeindevertreter bringt den Vorschlag ein, dass man z.B. den vom Kindergarten ungenutzten (zu schmalen) Raum vom Quergebäude für diese Zwecke nutzen könne. Hier müsse man nur die Zutrittsmöglichkeit prüfen.

Beschluss-Nr. 228/20/2021

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt:

Die Verwaltung prüft zusammen mit der Schulleitung, den Sportlehrern der Anne-Frank-Grundschule, der Kita Sperenberg, sowie den nutzenden Vereinen der Sporthalle Sperenberg in einem Vor-Ort-Termin, inwieweit der Geräteraum der Sporthalle erweitert bzw. optimiert werden kann. Der Ortsbeirat Sperenberg wird zu dem Treffen ebenfalls geladen. Die Prüfung sollte ebenfalls die Inanspruchnahme von Fördermitteln beinhalten Bsp. Goldener Plan:

https://lsb-brandenburg.de/lsb/wp-content/uploads/20210216_richtlinieGP.pdf

Das Ergebnis wird dem Finanzausschuss in seiner Aprilsitzung 2021 mitgeteilt und da als TOP behandelt, um das weitere Vorgehen zeitnah abzustimmen.

Abstimmungsverhältnis:

13 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

angenommen

Zu 19. Antrag auf BSV – Beteiligungsverfahren Nahverkehrsplan 2021-2025

Herr Pehnert hat im Vorfeld zu diesem TOP eine Tischvorlage verteilt, welche einen Textvorschlag für die Stellungnahme zum Nahverkehrsplan 2021-2025 beinhaltet.

Herr Tscherwinka spricht nochmal die Wichtigkeit dieses Tagesordnungspunktes an, da die Gemeinde nur noch in nächsten Sitzung des Nahverkehrsbeirates Teltow-Fläming am 19.03.2021 die Möglichkeit habe, sich zum Thema ÖPNV in der Gemeinde Am Mellensee Gehör zu verschaffen.

Herr Pehnert bittet darum, dass das Schreiben mit der Stellungnahme dem Landkreis aufgrund der Dringlichkeit bis spätestens 18.03.2021 zugestellt werde und verliest bzw. erläutert anschließend den Textvorschlag.

Die Gemeindevertreterin Frau Kruppa verlässt während der Verlesung um 20:55 Uhr den Sitzungsraum und betritt ihn wieder um 20:59 Uhr. Es sind wieder 13 Gemeindevertreter anwesend.

Herr Tscherwinka bedankt sich beim Herrn Pehnert für die Arbeit in Bezug auf die Optimierung des öffentlichen Personennahverkehrs in der Gemeinde Am Mellensee.

Beschluss-Nr. 229/20/2021

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt:

Die Verwaltung antwortet dem Landkreis im Rahmen des Beteiligungsverfahrens TÖB zum Entwurf des Nahverkehrsplanes Teltow Fläming in Abstimmung mit der Gemeindevertretung. Frist: Antwortschreiben bis zum 18.03.2021 beim Landkreis eingehend.

Abstimmungsverhältnis:

13 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

angenommen

Herr Boss stellt einen Antrag auf Verlängerung der Sitzungsdauer um eine Stunde.

Beschluss-Nr. 230/20/2021

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt die Verlängerung der Sitzungsdauer um eine Stunde.

Abstimmungsverhältnis:

12 Ja-Stimmen

1 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

angenommen

Zu 20. Antrag auf BSV – Kostenanalyse Festwiese als Versammlungsstätte

Der Gemeindevertreter Herr Janke verlässt den Sitzungsraum um 21:02 Uhr. Es sind nun 12 Gemeindevertreter anwesend.

Herr Pehnert erklärt hierzu, dass über die Thematik bzgl. Veranstaltungen auf der Festwiese im BSK-Ausschuss beraten wurde. Hierbei ist das Problem des notwendigen zweiten Rettungsweges erneut aufgekommen. Man habe sich darüber abgestimmt, dass man im Zuge der Errichtung der neuen Feuerwehrwache in Klausdorf die angrenzende Festwiese entsprechend umnutze, so dass es in Zukunft keine Probleme mehr bei Veranstaltungen gebe und die Mieter die Festwiese als Veranstaltungsfläche nutzen können, ohne sich selbst um die Rettungswege kümmern zu müssen.

Der Gemeindevertreter Herr Janke betritt den Sitzungssaal wieder um 21:05 Uhr. Es sind damit wieder 13 Gemeindevertreter anwesend.

Herr Tscherwinka bittet das Ordnungsamt um Ergänzungen zu dem Sachverhalt.

Das Ordnungsamt bestätigt, dass ein zweiter Rettungsweg gewährleistet sein müsse. Die Verwaltung hätte ebenfalls darüber nachgedacht, den zweiten Rettungsweg im Zuge des Neubaus der Wache zu realisieren. In diesem Zusammenhang müsse man die Begrenzung der Festwiese durch die Zäune bzw. vorstehenden Poller umstrukturieren.

Beschluss-Nr. 231/20/2021

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt:

Die Verwaltung prüft die Notwendigkeit und die entstehenden Kosten im Zuge der Errichtung/Planung der Feuerwache Klausdorf die angrenzende Festwiese als Veranstaltungsfläche im Sinne der Versammlungsstättenverordnung in Kombination mit dem Wasserwanderrastplatz weiter nutzen zu können. (2. Rettungsweg, Infrastruktur, Parkflächen, ...)

Frist: August 2021

Abstimmungsverhältnis:

13 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

angenommen

Zu 21. MV 09/20/2021 – Vertretung der Gemeinde Am Mellensee in Gremien

Herr Tscherwinka geht kurz auf die eingebrachte Mitteilungsvorlage des Bürgermeisters ein und erklärt, dass hier aufgeführt sei, in welchen Gremien der Bürgermeister die Gemeinde nach außen hin vertrete.

Ein Gemeindevertreter ergänzt, dass der Bürgermeister die Gemeinde ebenfalls in der Organisation „Mayors for Peace“ vertrete. Herr Tscherwinka wie auch ein weiteres Mitglied der GV äußern den Einwand, dass es sich hierbei um kein Gremium im klassischen Sinne handle. Man könne es jedoch mit in der Auflistung aufführen.

Zu 22. Anfragen der Mitglieder der Gemeindevertretung

Dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung liegt eine schriftliche Anfrage von dem entschuldigten Gemeindevertreter Herrn Elsner vor, welche jedoch nach Absprache in der nächsten Sitzung im April geklärt werden könne.

Herr Pehnert erklärt, dass es laut Landkreis für die Kommunen, die einen geringeren freiwilligen Aufgabenbereich erfüllen, einen Rabatt in der Kreisumlage gebe. Er möchte wissen, ob die entsprechende Summe schon durch die Verwaltung ermittelt wurde und wofür diese eingesparten finanziellen Mittel verwendet werden dürfen?

Frau Kruppa verteilt nebenbei eine Tischvorlage zur Haushaltsplanung 2021 vom Landkreis.

Frau Dornbusch beantwortet die Frage von Herrn Pehnert, und erklärt, dass der Wert ermittelt wurde, dieser ihr jedoch aktuell nicht vorliege. Sie ergänzt, dass die Kreisumlage schon mit der entsprechenden Kürzung im Haushalt eingeplant wurde und es demzufolge keine wirkliche Ersparnis gebe.

Herr Tscherwinka richtet seine Anfrage bzgl. seines Wildunfalles zu Beginn des Jahres an das anwesende Ordnungsamt. Er habe nach dem Unfall aus Unwissenheit anstelle der Jägers die Polizei informiert, da er auch nicht wusste, wie man den Jäger erreichen könne. In diesem Zusammenhang möchte er wissen, ob man entsprechende Kontaktinformationen auf der Homepage der Gemeinde veröffentlichen könne?

Das Ordnungsamt erklärt, dass sich dieses Thema bereits in der Verwaltung in Klärung befinde und bestätigt die Verfahrensweise bzw. Zuständigkeit des Jägers bei Wildunfällen. Die Polizei sei dennoch zuständig, um evtl. entstandene Sachschäden am Fahrzeug als Nachweis für die Versicherung zu dokumentieren. Außerdem solle die Polizeidienststelle dann den örtlichen Jäger ermitteln und informieren. Die Polizei dürfe ggf. das verletzte Wild vor Ort erschießen.

Herr Tscherwinka habe dann vom Jagdwächter bei dessen Eintreffen die Information erhalten, dass dieser ebenfalls den Nachweis für die Versicherung ausstellen könne.

Herr Hänsel ergänzt, dass man in solchen Fällen jederzeit an die untere Jagdbehörde wenden könne.

Frau Kruppa geht kurz auf die verteilte Unterlage ein und erklärt, dass es sich hierbei um die Einbringung des Haushalts 2021 in den Kreis handle. Die Kreisumlage sei hier jedoch noch mit 41% kalkuliert. Man verhandle jedoch aktuell über einen Wert von 40%.

Zu 23. Sonstiges

Frau Richter informiert die Gemeindevertretung über folgende Themen:

- eingegangene Zuwendungsbescheide
 - a) zur Ausstattung von Schulträgern mit schulgebundenen digitalen mobilen Endgeräten in Höhe von 24 Tsd. Euro nach der Richtlinie des MBS
 - b) zweckgebundene Zuwendung zur Umsetzung des Bundesinvestitionsprogramms im Land Brandenburg auf der Grundlage der Richtlinie des MBS (Erweiterung der Kita in Rehagen)
- Abschluss des Erbbaupacht- und Mietvertrag für die Kita-Kombi im OT Mellensee
- Abschluss des Kaufvertrages über die Immobilie „Alter Sportplatz“
- Fertigstellung des Erbbaupachtvertragsentwurfes für das Grundstück in Klausdorf (wird laut Beschluss in den FW-Ausschuss eingebracht)

Frau Richter nutzt die Gelegenheit, um sich offiziell bei der Gemeindevertreterin und gelernten Erzieherin Frau Kruppa für Ihren Einsatz als Vertretung in den Kitas zu bedanken, da sie ohne ihre Unterstützung oftmals Kitas aufgrund von Personalmangel hätte schließen müssen.

Die Gemeindevertretung schließt sich dieser Danksagung an.

Herr Tscherwinka geht kurz auf sein Antwortschreiben an den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung bzgl. des überregionalen Radweges ein und erklärt, dass dieser auch sehr daran interessiert sei und man diesen Sachverhalt ebenfalls in deren nächsten Sitzung thematisieren werde.

Herr Tscherwinka beendet den öffentlichen Teil der Sitzung und bedankt sich bei den Gästen.

Frau Richter stellt einen Antrag, dass Frau Dornbusch zum Tagesordnungspunkt 04 des nicht-öffentlichen Teils anwesend sein darf und Rederecht erhält.

Beschluss-Nr. 232/20/2021

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt, dass Frau Dornbusch aus der Kämmerei zum Tagesordnungspunkt 04 des nichtöffentlichen Teils anwesend sein darf und Rederecht erhält.

Abstimmungsverhältnis:

13 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

angenommen

Am Mellensee, den 01.04.2021

M. Tschewinka

Vorsitzender d. Gemeindevertretung